

## **A4 Freiwilligkeit statt Zwang – Gegen den allgemeinen Pflichtdienst und für eine starke Engagementkultur!**

Antragsteller\*in: Bundesleitung  
Tagesordnungspunkt: TOP 03 Anträge

### **Antragstext**

1 Zurzeit wird in Deutschland darüber diskutiert, ob es einen Pflichtdienst für  
2 alle jungen Menschen geben soll. Das würde bedeuten, dass junge Menschen nach  
3 der Schule eine bestimmte Zeit im Militär, in einer sozialen Einrichtung oder an  
4 anderen Orten arbeiten müssten. Als Katholische junge Gemeinde (KjG) sprechen  
5 wir uns entschieden gegen einen solchen Pflichtdienst aus. Wir sind überzeugt,  
6 dass ein solcher Pflichtdienst die persönliche Freiheit junger Menschen  
7 einschränken und bestehende soziale und geschlechterbezogene Ungerechtigkeiten  
8 verschärfen würde. Stattdessen möchten wir die Freiwilligendienste und die  
9 Möglichkeit junger Menschen, selbst über ihr gesellschaftliches Engagement zu  
10 entscheiden, stärken.

### **Wir sprechen uns entschieden gegen den Pflichtdienst aus:**

- 12 • **Selbstbestimmung:** Jeder Mensch sollte selbst entscheiden dürfen, was er  
13 nach der Schule machen möchte. Ein Pflichtdienst zwingt junge Menschen  
14 dazu, eine Aufgabe zu übernehmen, die sie vielleicht nicht wollen. Das ist  
15 ein großer Eingriff in die persönliche Freiheit und schränkt damit die  
16 Zukunftsperspektiven junger Menschen ein. Ein Pflichtdienst widerspricht  
17 den Freiheits- und Grundrechten und sogar der Europäischen  
18 Menschenrechtskonvention. Nach dieser darf niemand gezwungen werden,  
19 Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.
- 20 • **Freiwilliges Engagement statt Zwang:** Wir sind davon überzeugt, dass junge  
21 Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem  
22 Antrieb engagieren. So ergeben sich nachhaltige Anreize für freiwilliges  
23 gesellschaftliches Engagement über die Zeit des Freiwilligendienstes  
24 hinaus. Es existiert bereits eine breite Palette an Möglichkeiten für  
25 freiwilliges gesellschaftliches Engagement, wie das Freiwillige Soziale  
26 Jahr (FSJ) oder der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Statt junge Menschen  
27 zu einem verpflichtenden Dienst zu zwingen, sollten diese freiwilligen  
28 Angebote ausgebaut und stärker gefördert werden, anstatt sie wie seit 2024  
29 sogar noch zu kürzen.

30 Ein Pflichtdienst kann im Vergleich zum Freiwilligendienst demotivierend  
31 wirken. Wer gegen seinen Willen zu einem Dienst verpflichtet wird, könnte  
32 im weiteren Leben das Gefühl haben, seinen Beitrag zur Gesellschaft  
33 bereits geleistet zu haben, was sich negativ auf das Ehrenamt auswirken  
34 kann.

- 35 • **Mögliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen:** Wir befürchten außerdem,  
36 dass ein Pflichtdienst zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in  
37 Einsatzstellen und der pädagogischen Betreuung durch Träger\*innen führen  
38 könnte. Dies könnte das Interesse und die Motivation junger Menschen, sich  
39 in diesen Bereichen erneut zu engagieren, weiter verringern.
- 40 • **Gleichberechtigung:** In der Vergangenheit wurden nur Männer zum  
41 Militärdienst verpflichtet, was eine klare Ungleichbehandlung darstellte.  
42 Als KJG kämpfen wir dafür, dass niemand aufgrund seines Geschlechts  
43 benachteiligt wird und zwanghafte Rollenzuordnungen abgebaut werden. Ein  
44 Pflichtdienst könnte jedoch alte Stereotype verstärken, indem Männer  
45 vermehrt für militärische Aufgaben und Frauen für soziale Dienste  
46 eingeteilt bzw. eingezogen werden. Diese starren Rollenbilder  
47 widersprechen dem Prinzip der Gleichberechtigung. Gleichzeitig wäre es  
48 unfair und unsolidarisch, nur junge Menschen ab 18 in die Pflicht zu  
49 nehmen, um gesellschaftliche Missstände zu kompensieren.  
50 Gleichberechtigung bedeutet, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht  
51 oder Alter dieselben Chancen haben sollten.
- 52 • **Keine Lösung für den Fachkräftemangel:** Es wird häufig argumentiert, ein  
53 Pflichtdienst könne den Fachkräftemangel in sozialen und pflegerischen  
54 Berufen lösen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Bereits heute  
55 engagieren sich jährlich etwa 100.000 junge Menschen freiwillig in diesen  
56 Bereichen - mehr als zu Zeiten des Zivildienstes. Ein Pflichtdienst  
57 hingegen würde nicht nur die enorme Herausforderung mit sich bringen, für  
58 500.000 junge Menschen passende Tätigkeiten zu finden, sondern auch die  
59 Neutralität des Arbeitsmarktes gefährden. Anstatt auf Zwang zu setzen,  
60 benötigen soziale Berufe vor allem eines: bessere Bezahlung, gute  
61 Arbeitsbedingungen und echte Anerkennung. Wenn Aufgaben in diesen  
62 Tätigkeitsfeldern mit Zwang verknüpft werden, besteht die Gefahr, dass sie  
63 in der öffentlichen Wahrnehmung an Wert verlieren, was den ohnehin  
64 bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen könnte.
- 65 • **Eine internationale Perspektive:** Der derzeit von der Politik angedachte  
66 Pflichtdienst in Deutschland konzentriert sich vorwiegend auf nationale  
67 Dienste. In einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, sollten wir nicht  
68 auf nationale Pflichtdienste setzen, sondern junge Menschen ermutigen,  
69 sich auch international zu engagieren. Programme wie z.B. Weltwärts, bei  
70 denen junge Menschen freiwillig in anderen Ländern helfen können, fördern

71 den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kulturen.

72 **Deshalb fordern wir:**

- 73 • **Die Stärkung und den Ausbau von Freiwilligendiensten**, um ausreichend  
74 Einsatzplätze zu schaffen und das Engagement für junge Menschen  
75 attraktiver zu gestalten.
  
- 76 • **Einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst**, damit jeder junge Mensch die  
77 Möglichkeit hat, einen Freiwilligendienst zu leisten. Überall dort, wo  
78 (junge) Menschen, Einsatzstellen und Träger sich auf den Abschluss einer  
79 Freiwilligendienst-Vereinbarung einigen, ist diese durch den Bund  
80 auskömmlich zu fördern. Dabei müssen unterschiedliche Förderansätze  
81 zwischen FSJ und BFD, die die aus der Zivilgesellschaft hervorgegangenen  
82 Jugendfreiwilligendienste benachteiligen, abgeschafft werden.
  
- 83 • **Ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BAföG-Niveau und**  
84 **kostenlosen Zugang zum ÖPNV**, damit Freiwillige nicht durch finanzielle  
85 oder strukturelle Hürden benachteiligt werden und ihre Einsatzstelle ohne  
86 zusätzliche Kosten erreichen können.
  
- 87 • **Die Stärkung vielfältiger Einsatzfelder in Freiwilligendiensten**, die von  
88 sozialen über ökologische bis hin zu kulturellen und internationalen  
89 Bereichen reichen, um den Interessen und Talenten junger Menschen gerecht  
90 zu werden.
  
- 91 • **Die stärkere Förderung einer qualifizierten pädagogischen Begleitung**,  
92 damit Freiwillige nicht nur praktische Erfahrungen sammeln, sondern auch  
93 persönlich und fachlich wachsen können.
  
- 94 • **Eine auffordernde Einladung und Beratung** aller Schulabgänger\*innen zu den  
95 Möglichkeiten, sich in einem Freiwilligendienst zu engagieren.
  
- 96 • **Die klare Ablehnung eines Pflichtdienstes**, da Zwang dem Prinzip der  
97 Freiwilligkeit widerspricht und die Qualität des Engagements gefährden  
98 könnte.

99 **Als KJG stehen wir zudem überzeugt hinter den Beschlüssen unserer Partner\*innen:**

- 100 • [„Freiwilligendienste jetzt stärken!“](#) der DBJR-Vollversammlung 2020.
  
- 101 • [„Freiwilligendienste sind ein dreifacher Gewinn – für die Freiwilligen,](#)  
102 [für die Menschen in den Einsatzstellen und für die gesamte Gesellschaft.](#)

103 [national wie global.](#)" des Bundesarbeitskreises FSJ von 2023

104 • „[Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes](#)“ der BDKJ-  
105 Hauptversammlung 2024

106 • „[Freiwilligendienste 2030 - Vision für eine Kultur selbstverständlicher](#)  
107 [Freiwilligkeit](#)“ der verbandlich organisierten Zivilgesellschaft und  
108 Zentralstellen der Freiwilligendienste im In- und Ausland

## Begründung

In den vergangenen Monaten wird das Konzept eines Pflichtdienst für junge Menschen immer wieder ins Spiel gebracht: Unter anderem durch den Bundespräsidenten, aber auch die CDU hat sich auf ihrem Parteitag für eine schrittweise Rückkehr zur Wehrpflicht ausgesprochen.

Als Verband, der die Interessen von jungen Menschen vertritt und von selbstbestimmtem, freiwilligem Engagement lebt möchten wir uns daher klar gegen diese Überlegungen positionieren.